



Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 09. Juni 2010

Vorlagen-Nr. 08-F-25-0016

Einstellung der Verwaltungsjagd in Wiesbaden

- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP -

Der Revisionsausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die Verwaltungsjagd zum nächstmöglichen Zeitpunkt einzustellen,
2. alle Reviere im städtischen Wald entsprechend der für alle Pächter geltenden Kriterien über die Verdingungsstelle zu verpachten,
3. die Ausschreibungstexte dem Ausschuss zur Kenntnis zu geben.
4. Von der Verpachtung ausgenommen werden soll ein Teilrevier von etwa 300 ha Größe, das als Lehrrevier für Jungjäger, den Ausbildungsbetrieb der Wiesbadener Jagdvereine, für Einzelabschüsse und Begehungen mit Erlaubnisscheinen in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Förster weiterhin unter städtischer Aufsicht bleiben soll.

Beschluss Nr. 0109

1. Der schriftliche Bericht des Magistrats (Dezernat V) vom 25.03.2010 wird zur Kenntnis genommen.
2. Des Weiteren werden die Aussagen des Fachbereichs zur Kenntnis genommen, dass
 - mit einer Verpachtung der Reviere Rabengrund und Schläferskopf nur theoretisch zu rechnen ist, und zwar nur dann, wenn diese Bezirke erheblich unter dem Pachtzins von 14 € vergeben werden,
 - durch die Nicht-Verpachtung die Reviere in der Hand der Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW) verbleiben, Einnahmen durch die Vergabe von entgeltlichen Begehungsscheinen für Jung-Jäger erzielt werden und die Forstbewirtschaftung ebenfalls weiterhin durch die LHW möglich ist,
 - die Verwaltungsjagd **nicht** wieder eingeführt wird.

3. Der Revisionsausschuss bittet um Vorlage eines aussagekräftigen Berichts rechtzeitig zu seiner **1. Sitzung im Jahr 2012**,

in dem die ab September 2010 bis 31.08.2011 erzielten Einnahmen der Reviere Rabengrund und Schläferskopf (entgeltliche Begehungsscheine, Wildfleischverkauf usw.) den theoretisch zu erzielenden Einnahmen bei Verpachtung (14 € - pro Hektar) gegenüber zu stellen sind. Die Vorteile, die durch von der LHW betriebene Forstbewirtschaftung entstehen, sind dabei zu berücksichtigen.

4. Nach Vorlage dieses Berichts wird über das zukünftige Verfahren (Verpachtung oder Beibehaltung des jetzigen Verfahrens) zu diskutieren sein.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2010

Tollebeek
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .06.2010

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .06.2010

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister